G1neu Darum Grün für Mecklenburg-Vorpommern

Gremium:	Landesvorstand
Beschlussdatum:	10.08.2017
Tagesordnungspunkt:	4. Darum GRÜN

Wir haben die Erde von unseren Kindern nur geborgt. Dieser Spruch ist der Kern GRÜNER Politik. GRÜNE Ideen, wie zum Beispiel der Atomausstieg oder die Ehe für alle, die als unrealistisch oder gar sinnfrei verworfen wurden, setzen sich durch. Doch niemals ohne uns. Im Gegenteil. Aktuell sehen wir in Nordrhein-Westfalen, dass Koalitionen von gestern die Uhr wieder zurückdrehen wollen und es tun. Dabei fehlt uns die Zeit, solche Rückschritte zu verkraften, denn über unsere Zukunftsfähigkeit, die Zukunftsfähigkeit Mecklenburg-Vorpommerns, entscheidet auch diese Bundestagswahl. Gerade für uns ist es wichtig eine laute Stimme im Bundestag zu haben, die nicht nur auf das Jetzt und Hier schaut, sondern das Morgen in den Blick nimmt.

GRÜNE Politik ist Zukunftspolitik - wir wollen eine ökologische, gerechte und offene Gesellschaft in Mecklenburg-Vorpommern und darüber hinaus. Dafür sehen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Mecklenburg-Vorpommern folgende Punkte als entscheidend an.

1. Klimaschutz voranbringen

Die größte Gefahr für die zukünftige Entwicklung weltweit ist die Erderwärmung. Der Kampf um die immer weniger werdenden Ressourcen wie Wasser und Lebensmittel bestimmen das Leben in vielen Teilen der Welt. Wir leben bislang kaum berührt von den dramatischen Auswirkungen des Klimawandels. Die Bürgerinnen und Bürger sind sich der Bedeutung des Themas dennoch bewusst. 71% der Menschen in Deutschland sehen die Veränderung des Weltklimas als größte Bedrohung an. Sie wissen, dass auch wir in Deutschland uns auf gravierende Veränderungen einstellen müssen. Die Einhaltung der Klimaziele im Pariser Abkommen ist entscheidend, um uns die Chance zu geben uns auf die Veränderungen einzustellen. Uns in Mecklenburg-Vorpommern wird insbesondere der Anstieg des Meeresspiegels, zunehmende Sturmfluten und Überschwemmungen betreffen, die Sandstrände werden kleiner, mehr Niederschläge und bis zu 27% weniger Sonnenstunden, sowie ein Anstieg der Durchschnittstemperatur von bis zu 4,8 Grad erwarten uns. Trotz mehr Niederschlägen werden wir ein trockeneres Land werden. Das Ökosystem der Ostsee wird sich stark verändern, insbesondere durch den Temperaturanstieg und eine weitere Verringerung des Salzgehalts. Dies wird besonders für den Dorsch sehr bedrohlich. Seine Laichgebiete werden weiter schrumpfen, die Art noch schwerer zu erhalten sein.

Allein durch die notwendige Steigerung der Effizienz lässt sich der Klimawandel jedoch nicht stoppen. Sie muss einhergehen mit dem Ausbau der erneuerbaren Energien und dem schrittweisen, und damit auch sozialverträglichen, Kohleausstieg bis 2030. Entscheidend ist dabei nicht allein das Abschaltdatum, sondern die CO2-Menge, die die Kohlekraftwerke in die Umwelt abgeben. Genau diese muss schnellstmöglich drastisch reduziert werden, um Zeit zu gewinnen, um in anderen weit komplizierteren Bereichen unser Wirtschaft, den Ausstoß von CO2zu beenden.

100% Erneuerbare im Strombereich ist machbar, aber gerade in diesem Bereich fährt die aktuelle Bundesregierung nach der Photovoltaik nun auch die

Windkraftnutzung vor den Baum. In aktuellen Ausschreibungen werden fantastische Preise erzielt, von denen Experten nicht sagen können, wie diese Projekte diese Preise in der Realität erreichen wollen. Wenn wir unsere Verantwortung gegenüber den zukünftigen Generationen ernst nehmen, müssen wir die Energiewende retten und konsequent weiter betreiben!

2. Neuer Mobilität zum Durchbruch verhelfen

Wir sind ein Bundesland, in dem viele Menschen auf ihr Auto wirklich angewiesen sind. Diese Abhängigkeit wollen wir durch verbesserte Angebote im ÖPNV und SPNV verringern. Wir wollen nicht nur eine bessere Vernetzung von Angeboten, sondern auch sozialverträgliche Preise. Mobilität darf kein Luxus sein! Auch das Fahrrad wird als E-Bike im Alltagsverkehr eine wesentlich größere Rolle spielen, weil größere Entfernungen einfacher bewältigt werden können. Bei Neuwagen setzen wir ab 2030 auf abgasfreie Autos. Dabei wird aus heutiger Sicht das E-Auto und auch das Wasserstoff-Auto eine herausragende Rolle spielen. Wir schließen andere Techniken dennoch nicht aus. Die notwendige Ladeinfrastruktur wollen wir konsequent ausbauen. Mit z.B. nur einer Wasserstofftankstelle aktuell in ganz Mecklenburg-Vorpommern lässt sich das Potential dieser Technologie in unserem Bundesland kaum nutzen.
Damit die abgasfreien Autos sich gegen Benzin- und Dieselfahrzeuge endlich durchsetzen, braucht es auch stärkere steuerliche Anreize, zum Beispiel die Abschaffung des Dienstwagenprivilegs. Auch die Vorbildwirkung von Landesverwaltung und vielen Kommunen ist noch stark ausbaufähig.
Nur ein zügiger Umstieg auf abgasfreie Technologien sichert der Automobilindustrie in Deutschland eine Zukunft und damit auch die Arbeitsplätze in den Zulieferbetrieben in Mecklenburg-Vorpommern.

3. Landwirtschaft nachhaltig machen

Die zukünftige Agrarpolitik entscheidet darüber, ob in Mecklenburg-Vorpommern die industriellen Massentierhaltungsanlagen nicht weiter wachsen, ob die Nitratbelastung von Boden und Wasser sinkt und ob der dramatische Artenschwund gebremst wird. Sie entscheidet darüber, ob das mit der Wachstums- und Exportfixierung billigend in Kauf genommene Höfesterben, der Konzentrationsprozess und ruinöse Preiskampf in der Agrarwirtschaft aufgehalten werden können.

Wir wollen eine Landwirtschaft, die Tiere würdig behandelt, das Klima schützt und die Artenvielfalt bewahrt. Unser Ziel ist eine Landwirtschaft, in der Bäuerinnen und Bauern ein gutes Auskommen haben und faire Preise erhalten, in der Bauernhöfe nicht zu riesigen Agrarfabriken wachsen müssen, um zu überleben. Auf Dauer wird nur eine Landwirtschaft erfolgreich sein, die nicht auf Kosten von Mensch, Tier und Umwelt geht und die sich an den Bedürfnissen der Menschen orientiert.

Wir wollen die Agrarfördermittel umschichten, damit sich der Einsatz der Landwirtinnen und Landwirte für Klima-, Umwelt- und Tierschutz auszahlt. Die öffentlichen Gelder sollen nicht mehr pauschal vergeben, sondern nur noch für erbrachte gesellschaftliche Leistungen eingesetzt werden.

Eine gesellschaftliche Leistung ist es, wenn die Tiere wesentlich umweltgerechter und artgemäßer gehalten werden und mehr Platz, Auslauf, Licht und Beschäftigung bekommen. Eine solche Haltung wollen wir gezielt fördern und

die gesetzlichen Regeln verbessern. Unser Ziel ist es, in den nächsten 20 Jahren aus der industrielle Massentierhaltung auszusteigen, dass Amputationen und Qualzucht ein Ende haben. Wir wollen Qualitätsproduktion statt anonyme Massenware für den Weltmarkt.

Auch der Verzicht auf Ackergifte, auf Überdüngung und das Schaffen von Nahrungsgrundlagen, Rückzugs- und Lebensraum für wildlebende Tiere sind gesellschaftliche Leistungen, die der Vielfalt heimischer Tier- und Pflanzenarten eine Chance geben. Heute werden 50 Prozent mehr Pestizide als 1995 auf den Äckern in Deutschland eingesetzt. 50 Prozent weniger Vögel als noch vor 30 Jahren leben auf den landwirtschaftlichen Flächen Deutschlands. Pestizide gelten auch als wesentliche Ursache für das Sterben von Bestäubern wie Bienen, Hummeln und Schmetterlingen. Mit einem Pestizidreduktionsprogramm mit klaren Zielvorgaben wollen wir den Pestizidinsatz drastisch reduzieren. Besonders problematische Pestizide wie das Pflanzengift Glyphosat und die bienengefährlichen Neonicotinoide wollen wir abschaffen.

Den Ökolandbau und die regionale Verarbeitung und Vermarktung wollen wir deutlich stärken, damit die Erzeugung von Biolebensmitteln nicht länger hinter der steigenden Nachfrage her hinkt und die regionale Wertschöpfung den Menschen in unserem Land ein besseres und krisenfesteres Einkommen sichert.

Neben der grundsätzlichen Umverteilung der Agrarfördermittel ist eine klare, für alle verbindliche und verlässliche Kennzeichnung der Lebensmittel entscheidend. Verbraucherinnen und Verbraucher wollen Tierschutz und regionale Lebensmittel. Wir wollen, dass sie beim Einkauf schnell sehen können, wo und unter welchen Bedingungen Lebensmittel erzeugt wurden. Für alle tierischen Produkte wollen wir eine Kennzeichnung, so wie es bei Eiern schon erfolgreich ist: „0“ für ökologische Tierhaltung, „1“ für mehr Platz und Zugang ins Freie, „2“ für mehr Platz und höhere Anforderungen an den Stall, „3“ für die gesetzlichen Mindeststandards.

4. Familien stärken

Jedes Kind soll die gleichen Chancen haben sein Leben später selbstbestimmt leben zu können. Leider ist in Deutschland die Aussicht dies zu schaffen so sehr abhängig vom Einkommen der Eltern wie in kaum einem anderen westlichen Land. Da wiegt es umso schwerer, dass Mecklenburg-Vorpommern einen traurigen Spitzenplatz beim Thema Kinderarmut einnimmt. Jedes 5. Kind im Land ist auf staatliche Unterstützung angewiesen. Besonders hoch ist das Armutsrisiko für Alleinerziehende. Sie werden bisher stiefmütterlich von der Politik behandelt, als Familie zweiter Klasse. Wir wollen dies ändern und gezielt Alleinerziehende stärken. Doch selbst die zur Verfügung stehenden Mittel kommen nicht vollständig bei den Familien an, die bürokratischen Hürden sind zu hoch. Wir wollen unbürokratisch und zielgerichtet Familien mit mittlerem und kleinen Einkommen unterstützen, egal in welcher Familienform sie leben. 12 Milliarden Euro wollen wir dafür zur Verfügung stellen, dass endlich alle Kinder die gleichen Startchancen im Leben haben. Gute Bildung ist ebenfalls unerlässlich. Dazu gehört für uns auch der Lernort. Der Erhalt und Bau von Schul- und Kindergartengebäuden ist jedoch Aufgabe der Kommunen. Den meisten Städten und Gemeinden in Mecklenburg-Vorpommern fehlt es aber an Geld, um ihren Kindern die Schulen zu bieten, die sie verdienen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass der Bund hier aushilft und mindestens 10 Milliarden zusätzlich zur Verfügung stellt.

Kinder zu haben darf kein Armutsrisiko sein. Trotzdem sind Familien mit Kindern, und hier nochmal besonders Alleinerziehende, betroffen. Wir fordern hier Gleichberechtigung für alle Formen der Familie. Ein Trauschein allein soll niemanden vor dem Gesetz mehr besser stellen. Menschen, die füreinander Verantwortung übernehmen sollen nicht mehr nur die gleichen Pflichten, sondern auch die gleichen Rechte haben. Wir setzen uns daher für die Einführung eines „Pakt auf Zeit“ ein, ähnlich dem schwedischen „Sambo“ Status. Damit erhalten z.B. Lebenspartner*innen Auskunftsrechte gegenüber Ärzten über ihre Stiefkinder. In Mecklenburg-Vorpommern lebt die überwiegende Mehrheit der Kinder nicht in klassischen Familien, sondern in vielen unterschiedlichen Konstellationen. Für sie wollen wir dadurch eine Gleichheit vor dem Gesetz herstellen.

5. Soziale Sicherheit schaffen

Mecklenburg-Vorpommern steht bereits jetzt vor Fragen, die andere Bundesländer erst in Zukunft bewegen werden. Der demographische Wandel und unsere sehr ländlich geprägten Räume sorgen mit dafür, dass die Gesundheitsversorgung schwieriger und kostenintensiver wird. Gute Gesundheitsversorgung, gute Pflege, sinnvolle Prävention kosten Geld. Wir wollen diese Kosten gerechter, solidarischer verteilen und die Zwei-Klassen Medizin beenden. Deshalb schlagen wir eine Bürgerversicherung vor, in der alle ihren fairen Anteil zur Finanzierung des Gesundheitssystems beitragen und niemand im Alter oder schwierigen finanziellen Phasen ohne Krankenversicherung dasteht. Den Übergang von dem jetzigen System mit gesetzlichen und privaten Krankenkassen gestalten wir schrittweise. Mit als erste Gruppe sollen alle Abgeordneten des Bundestags und der Länderparlamente in die gesetzliche Krankenversicherung wechseln müssen.

Auch bei der Rente wollen wir klar die gesetzliche Rentenkasse stärken und auch hier zum System der Bürgerversicherung übergehen. Hauptziel ist es, das Rentenniveau zu stabilisieren, so dass auch zukünftige Generationen nicht in Altersarmut leben müssen. Wir schlagen hier eine Garantierente vor, die klar über der jetzigen Grundsicherung liegt und ohne Anrechnung privater Vorsorgeleistungen allen zusteht, die in die Rentenkasse eingezahlt haben. Wer privat zusätzlich vorgesorgt hat, soll im Alter auch etwas davon haben.

Gerade in Mecklenburg-Vorpommern steigt die Anzahl der Menschen die von Altersarmut betroffen sind. Dies liegt auch an den gebrochenen Arbeitsbiographien nach der Wende, aber im besonderen Maß an den niedrigeren Löhnen im Osten.

6. Gleichberechtigt und selbstbestimmt leben

Nach wie vor verlassen junge Menschen nach der Schule und der Ausbildung unser Land. Einer der Hauptgründe ist nach wie vor, dass es zu wenige gut bezahlte Arbeitsplätze hier gibt. Nach wie vor ist der Durchschnittslohn in M-V am niedrigsten deutschlandweit, innerhalb unseres Land trägt die Insel Rügen weiterhin die rote Laterne. Mit ein Grund für diese schlechten Zahlen ist die sehr niedrige Zahl an tarifgebundenen Jobs. Das wollen wir ändern! Tarifverträge sollen wieder einfacher allgemeinverbindlich für alle Betriebe einer Branche werden. Dies ist besonders vor dem Hintergrund der Rentenangleichung der wichtigste Faktor zur Vermeidung von Altersarmut, denn mit der Angleichung der Renten fällt auch die Höherbewertung der Rentenpunkte Ost weg. Wir wollen es auch schwieriger und unattraktiver machen, anstelle von regulären, fest angestellten, Mitarbeiter*innen auf Werksverträge und Leiharbeiter*innen

zurückzugreifen. Wir fordern, dass Leiharbeiter*innen von Beginn an den gleichen Lohn wie die Festangestellten erhalten und zusätzlich eine Flexibilisierungsprämie. .

Selbstbestimmt leben wo und wie ich will, heißt auch, dass die Menschen überall Zugang zu Angeboten der Daseinsfürsorge, kulturellen Angeboten und Bildung haben. Dafür muss nicht alles in jedem kleinen Dorf vorhanden sein, aber erreichbar! In Zeiten der Digitalisierung bieten sich gerade den ländlichen Räumen neue Möglichkeiten - wenn dann die Basis gelegt ist. Wir sind nach wie vor ganz hinten, wenn es um den Breitbandausbau in Deutschland geht. Nach wie vor gibt es zu viele weiße Flecken auf der Karte. Wir fordern sehr nachdrücklich höhere Investitionen für den Ausbau und setzen dabei klar auf Glasfaser und höheren Bandbreiten als 50 MBit/s. Schweden, mit einer Ausbauquote von 13,6% im ländlichen Raum (Glasfaser) hat sich als Ziel gesetzt bis 2020 90% aller schwedischen Haushalte mit 100 MBit/s zu versorgen. Daran müssen auch wir uns messen lassen!

Die Teilhabe am sozialen Leben soll allen Menschen gleichberechtigt offen stehen. Dazu gehört insbesondere der Zugang zum Arbeitsmarkt. Bisher leisten wir es uns Menschen zu benachteiligen und sie nicht ihre Fähigkeiten und Kreativität ausschöpfen zu lassen. Wir fordern echte Integration und Inklusion, die gezielte Förderung von Menschen entlang ihrer Bedürfnisse. Die öffentliche Verwaltung muss hier mit guten Beispiel vorangehen. Wir fordern, dass in den Bundes- und Landesbehörden die gesetzlich vorgesehene Quote für Menschen mit Behinderungen innerhalb dieser Legislatur erreicht wird. Erst dann können wir diese Forderung auch wirklich ernsthaft gegenüber der Wirtschaft vertreten.

Menschen die aus den unterschiedlichsten Gründen zu uns kommen und eine Bleibeperspektive haben, müssen wir auch die Möglichkeit bieten, selbstbestimmt zu leben. Der Zugang zu Sprachkursen, (Aus)Bildung und Arbeit soll erleichtert werden. Nur so kann Integration gelingen.

Mecklenburg-Vorpommern muss zum Land der Zukunftschancen für alle werden, unabhängig von Alter, Geschlecht oder Herkunft. Dazu gehört eine intakte Natur- und Umwelt, gute Bildung für alle, unabhängig vom Geldbeutel der Eltern, gute Arbeit und die Möglichkeit, sicher und frei von Gewalt, Anfeindungen und Diskriminierung zu leben. Das können wir schaffen, aber dafür braucht es Mut, um alte Muster aufzubrechen und Neues zu versuchen. Denn Zukunft wird aus Mut gemacht!